

Von "existentieller Bedrohung" zum politischen Partner: Eine wundersame Wandlung

von Norman Birnbaum, Washington 22. September 2015

Der Papst kommt heute nach Washington. Angesichts des zu erwartenden totalen Verkehrschaos anstelle des üblichen, nur partiellen Chaos und angesichts der Anfälligkeit unserer U-Bahn für Störungen werden viele Bürger heute vernünftigerweise Zuhause bleiben. Sie können immerhin aber ihrem Masochismus frönen, indem sie vor dem Fernseher sitzen bleiben und den Wettbewerb der Republikaner um die Präsidentschaftskandidatur im Detail anschauen. Zur neuesten Entwicklung gehört eine besonders beschämende Episode: Dr. Carson, der afroamerikanische Neurochirurg, der sich deshalb für so geeignet hält, Präsident zu werden, weil politische Fragen für ihn so neu sind (d. h. dass er so wenig davon versteht), hat erklärt, dass kein Moslem Präsident werden sollte. Es kandidiert zwar kein Moslem, aber seine Bemerkung ist nicht völlig unbegründet. Es ist ein Versuch, sich auf das Feld zu begeben, das bisher der moralisch lumpige Milliardär Donald Trump für sich besetzt hatte. Er wendet sich damit an die zwanzig (vielleicht fünfundzwanzig) Prozent der Wähler, die wissen, dass der Präsident trotz aller gegenteiligen Beweise in Kenia geboren (und deswegen als Präsident nicht wählbar) ist – und ein Moslem, trotz seiner regelmäßigen Kirchenbesuche. Diese Leute haben nicht nur einen Hass auf jede Andersartigkeit, sie sind davon geradezu besessen. Einer von ihnen fragte Trump in New Hampshire, was er gegen Obamas Pläne tun wolle, einen Teil der weißen Bevölkerung einzusperren. Anstatt dem Mitbürger zu raten, sich in psychiatrische Behandlung zu begeben, versuchte der Kandidat, dieser Frage nachzugehen. Carsons Aneignung dieses Hasses ist abscheulich. Als Afroamerikaner hat er besonders von der großen amerikanischen Tradition von Offenheit und Toleranz profitiert.

Trump hat sich in der vorige Woche im Fernsehen übertragenen Debatte nicht so gut geschlagen und muss sich nun der Herausforderin Carly Fiorina stellen, der Geschäftsfrau, die früher Vorstandsvorsitzende des Elektronikonzerns Hewlett-Packard war. Frau Fiorina hatte dort keine herausragenden Leistungen vorzuweisen und wurde vom Vorstand entlassen, tritt aber natürlich nicht zuletzt mit dem Argument an, solide Geschäftspraktiken in die Regierung einzuführen. (Gerade kann man lesen, dass bei Volkswagen bald ein sehr hoher Posten frei wird: Frau Fiorinas erfolgreiches Missmanagement prädestiniert sie bestimmt für die oberste Etage in Wolfsburg). Sie hatte bereits um einen Senatorenposten für Kalifornien kandidiert und war aber empfindlich geschlagen worden. Sie betrachtet Hinweise darauf als eine Art Majestätsbeleidigung. Es bleibt abzuwarten, ob ihr Versuch, eine amerikanische Margaret Thatcher zu werden, weit kommen wird.

Das sind unsere Probleme, und wir werden sie entweder lösen oder daran zugrunde gehen. Es gibt jedoch auch einen Aspekt des Vorwahlkampfes der Republikaner, der für unsere europäischen Freunde von besonderem Interesse sein sollte. Als die Runde über außenpolitische und militärische Themen sprach, zeigten sich in gleichem Maße chauvinistische Aggressivität wie politische Ignoranz – derart, dass Jeb Bush bei der Verteidigung der Leistungen seiner Familie fast noch vernünftig erschien (aber nur fast). Die Republikaner zeichneten Präsident Obama und seine frühere Außenministerin Hillary Clinton, sehr wahrscheinlich die Kandidatin der Demokraten, als inkompetente Schwächlinge, die Angst hätten, die Feinde der Nation zu stellen, wenn sie ihnen nicht sogar ein großes Maß an Sympathie entgegenbrächten. Nach dem Papst wird der chinesische Staatspräsident in Washington zu Besuch sein, und ein Kandidat der Republikaner brachte sein Unverständnis dafür zum Ausdruck, dass dieser bei einem Staatsbankett im Weißen Haus zu Gast sein werde. Als angemessenere Alternative schlug er einen Besuch im McDonald's vor. Ich bin alt genug, um mich noch an die ersten Jahre des Kalten Krieges zu erinnern, als die krankhafte

Feindseligkeit des trunksüchtigen Antikommunisten McCarthy Präsident Eisenhower dazu veranlasste, die Verhältnismäßigkeit in der Außenpolitik wieder herzustellen. Er hat letzten Endes 1953 nicht in der DDR interveniert, 1954 nicht im damaligen Französisch-Indochina, woraus später Vietnam wurde, und 1956 nicht in Ungarn. Heutige Republikaner kennen keine solche Zurückhaltung. Sie sind stolz auf ihre Bereitschaft, jeden jederzeit überall zu bekämpfen. Selbstverständlich zeigen sie keinen Hang, sich auch verantwortlich zu fühlen. Als der Präsident vor zwei Jahren andeutete, dass er den Kongress über die Militärintervention in Syrien abstimmen lassen wollte, die sie so vehement gefordert hatten, wandelten sich ihre lauten Schlachtrufe mit einem Mal zu schüchternem Hüsteln.

Die Arroganz der Republikaner kennt keine Grenzen. Einer, Senator Cruz aus Texas (Sohn eines protestantischen Predigers aus Kuba und dem Land nicht allzu dankbar, das ihn aufgenommen hat, weil er denkt, dass wir sündigen, weil wir in den Schulen die Evolutionstheorie und Naturwissenschaften allgemein lehren), hat neulich dem Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs, General Dempsey, vorgeworfen, dass dessen Einschätzung falsch sei, dass eine Militärintervention in Syrien teuer werde und mit ungewissem Ausgang. Im allgemeinen sind sich unsere Admirale und Generäle der Tatsache schmerzlich bewusst, dass seit 1945 die meisten unserer Militäroperationen Fehlschläge waren. Das anzuerkennen ist aber schon zu viel für die primitiven Nationalisten im Kongress, und stattdessen bekunden sie einen magischen Glauben an die amerikanische militärische und politische Omnipotenz. Die Sprache ihres neuen Helden, Trump, ist übersättigt mit Referenzen auf Stärke und Denunzierung anderer als schwach – eine ziemlich bemerkenswerte Wiederkehr von Nazi- und faschistischer Rhetorik, die um so aufschlussreicher ist, als Trump höchstwahrscheinlich nicht so viel wissenschaftliche Literatur über die neuere Geschichte gelesen haben wird.

Man muss kein Primitiver sein, um sich an unserem nationalen Narzissmus zu beteiligen. Viele Gelehrte, Journalisten und Beamte, die ihre Abschlüsse an unseren sehr guten Universitäten gemacht haben, benehmen sich, als wenn sie indoktriniert statt ausgebildet worden seien. Es erinnert mich an einen Nationalhelden von vor 150 Jahren, Professor Joshua Chamberlain vom Bowdoin College in Maine. Er war Professor für Altertumswissenschaft ohne Militärerfahrung, schloss sich 1861 der United States Army im Sezessionskrieg an, kämpfte in mehreren Schlachten und war 1863 in Gettysburg Befehlshaber eines Regiments aus Maine. Das Regiment hielt eine Stellung mit dem Namen Little Round Top am Ende der Linie der Union und wurde wiederholt von Einheiten der Konföderierten angegriffen, die den Hügel einnehmen und die Linie durchbrechen wollten. Am Ende eines kraftraubenden Kampftages ging dem Maine-Regiment die Munition aus. Chamberlain führte einen Angriff mit Bajonetten hügelabwärts an, schlug die Konföderierten zurück und rettete damit die United States Army. Wenn Chamberlain heute unter uns wäre, würde er sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die mühsame Kampferfahrung sparen und sich darauf beschränken, in der Washington Post Kommentare zu schreiben, in denen er für Entschlossenheit plädiert und für das, was auf Deutsch glaube ich "wehrhaftes" Verhalten genannt wird.

Mein verstorbener Freund Herbert Marcuse hat einmal gesagt: "Die Wirklichkeit ist ihre eigene Karikatur." Das trifft für unsere politische Szene sicher zu, die eine überzogene Version eines kritischen Fernsehfilms über die Krankheitssymptome unseres Landes zu sein scheint. In einer solchen Umgebung müssen der belesene und intelligente Präsident und seine Berater das Unheil abwenden. In den Jahren, bevor er Präsident wurde, hat er sich unter anderem mit der kritischen Geschichtsschreibung des Empire befasst. In seiner Autobiografie erwähnt er, dass er an der Columbia University und später, als er in New York arbeitete, an Treffen der abweichenden Wissenschaft (damals die "Socialist Scholars Conference", heute "The Left Forum") teilgenommen habe. Diejenigen unter uns, die unseren imperialen Hochmut seit Jahrzehnten kritisieren, können sicher sein, dass der Präsident unsere Schriften gelesen hat. Der letzte Amtsinhaber, der das getan hat, war John F. Kennedy (Carter hat sich auch ein bisschen damit befasst, und Clinton wird das

wohl vermutlich an Sidney Blumenthal delegiert haben). Und es trifft auch für Außenminister Kerry zu, der als Senator aus Massachusetts viele Jahre in engem Kontakt mit den Universitäten seines Staates war, die seit Generationen Heimat von kritischen Gelehrten und Wissenschaftlern sind.

Der Präsident konnte sich gerade über einen sehr großen Sieg freuen, bei dem er im Kongress die Gegner des Abkommens mit dem Iran zurückgeschlagen hat. Darin liegt nicht weniger als die schwerste Niederlage, die der Israel-Lobby jemals von einem amerikanischen Präsidenten zugefügt worden ist. Der öffentliche Kampf um die Vereinbarung mit dem Iran hat auch die Verwerfungslinien innerhalb der amerikanisch-jüdischen Gemeinde aufgezeigt: eine Mehrheit jüdischer Kongressmitglieder und Senatoren haben mit dem Präsidenten gestimmt und es abgelehnt, sich in die Reihe der jüdischen Organisationen zu stellen, die der israelischen Regierung völlig ergeben sind. Deren Mitgliederzahl addiert sich zu maximal zwanzig Prozent der amerikanischen Juden. Es folgten natürlich versöhnliche Gesten gegenüber Netanjahu, und Israel wird weitere Waffen bekommen, auch wenn die in den tatsächlichen Kämpfen mit den Palästinensern natürlich völlig nutzlos sind. Obamas Erfolg ermöglicht seinem Nachfolger mehr politischen Wagemut, soll heißen mehr Distanz zu Israels Siedlerpartei. Die Gegenspieler des Präsidenten suchen natürlich immer noch nach Möglichkeiten, das Abkommen zu sabotieren. Nur ein wenig wahrscheinlicher Zuwachs an Realismus bei Netanjahu könnte diesen dazu bewegen, sie zu bitten, dies zu unterlassen. Aber die Lektion wird sich sein Nachfolger gelernt haben.

Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba (selbst, wenn der Kongress ablehnen wird, einen Botschafter nach Kuba zu entsenden) ist ebenfalls ein großer Triumph des Präsidenten. Der Präsident vertraute dabei auf die Unterstützung einer jungen Generation kubanischer Amerikaner, die die Illusionen ihrer Eltern nicht teilen, ihren Besitz in Kuba wieder zurückzubekommen. Freierer Zugang für US-Amerikaner nach Kuba wird sicher mehr dazu beitragen, kritische Bewegungen in der kubanischen Gesellschaft an die Oberfläche zu bringen als die ritualisierten Denunziationen seines verbliebenen Autoritarismus. Die Rolle, die der Vatikan in den Verhandlungen zwischen Kuba und den USA angenommen hat, ist für die Zukunft vielversprechend. Eine de facto Allianz von Obama und Papst Franziskus stellt eine Annäherung des amerikanischen politischen Protestantismus mit seiner drückenden Last des Gewissens und katholischen Vorstellungen von Solidarität dar. Die Besorgnis, mit der viele Republikaner den Papst betrachten (einer hat bereits angekündigt, dass er an der Rede seiner Heiligkeit an den Kongress nicht teilnehmen wird, weil der Papst sein Amt missbrauche, um radikalen Umweltschutz zu fördern), ihre Angst ist offensichtlich, dass er die Katholiken ermuntern wird, dem Markt gegenüber kritischer zu werden, welchen er ganz klar nicht als die höchste moralische und allgegenwärtige menschliche Institution ansieht. Was die Republikaner betrifft, ist es umso besser, je früher der Papst nach Rom zurückkehrt. Tatsache bleibt aber: Die Millionen von Einwanderern, die die Republikaner so verachten, und eine junge Generation in Amerika geborener katholischer Intellektueller und politischer Aktivisten sind die potentiellen Stoßtrupps einer nächsten Welle sozialen Fortschritts in den USA.

Der Papst wird noch nicht ganz weg sein, dann kommt schon der chinesische Staatspräsident. Der Präsident hat den Rufen nach militärischer Konfrontation mit China wegen dessen wiederholten Forderungen nach Souveränität vor seiner Küste widerstanden. Man fragt sich, wie die Verfechter einer aggressiven amerikanischen Militärpräsenz im Westpazifik wohl auf chinesische Militärbündnisse (und die Einrichtung von Militärbasen) mit Kanada, Mexiko und Ecuador reagieren würden. Der Zweite Weltkrieg hat für die USA im Pazifik begonnen, und es wäre extrem unklug von den Europäern, die historischen Dimensionen und Konfliktpotentiale zwischen einem aufstrebenden China und einer mit den Veränderungen in der globalen Machtverteilung kämpfenden USA zu ignorieren. Der Präsident, in Hawaii geboren und einige Zeit in Indonesien aufgewachsen, bevor er nach Hawaii zurückkehrte und dann in Kalifornien studiert hat, braucht keine Belehrung über die Wichtigkeit Asiens. In den Diskussionen mit dem chinesischen Präsidenten wird er

sicherlich einen modus vivendi anstreben: Kooperation wo möglich (wie bei Klima und Wirtschaft), Einigkeit über Differenzen wo nicht möglich (chinesische Souveränitätskonflikte mit asiatischen Ländern, die den USA verbunden sind). Bürger- und Menschenrechte in China sind die Besorgnis lautstarker Gruppen in der US-amerikanischen Zivilgesellschaft, aber was auch immer der Präsident in seinen sechzehn Monaten im Amt noch tun will, ein Bruch mit China steht sicher nicht auf seiner Agenda.

Bleibt noch die Region, die seit den Anfängen der Geschichtsschreibung der Friedhof von Imperien ist, der Nahe Osten. Der Präsident hat dort die US-Militärpräsenz substantiell reduziert und sich in einer Situation, in der vollständiger oder fast vollständiger Rückzug politisch unmöglich ist, auf Drohnen- und Luftwaffenangriffe verlegt. Er hat sich im Nahen Osten auf die Minimierung des US-Militäringagements konzentriert und (soweit das möglich ist) die Länder der Region dazu angehalten, selbst die Aufgabe der Herstellung kürzerer und längerer Waffenruhen in ihren regionalen Konflikten zu übernehmen. Die Ermutigung zur Demokratisierung in seiner Kairoer Rede könnte sich langfristig als prophetisch erweisen. Auf kurze Frist sind keine Wege abzusehen, wie der Prozess voranschreiten könnte. Der Präsident hat sich entschieden, es zu vermeiden, weiterhin mit alten Illusionen in neue Niederlagen zu marschieren.

In einem früheren Beitrag habe ich über den impliziten, aber sehr wirksamen Vorschlag des Weißen Hauses an den neu ernannten obersten Militärbefehlshaber berichtet, seine rhetorische Kriegslust einzuschränken (er hatte Russland als eine „existentielle Bedrohung“ für die USA bezeichnet). Vor kaum einer Woche hat Außenminister Kerry offiziell bei Außenminister Lawrow angefragt, was Russland mit seiner Waffen- und Truppenverlegung nach Syrien bezwecke. Jetzt haben zum ersten Mal nach langer Zeit der US-Verteidigungsminister und sein russischer Amtskollege wieder miteinander gesprochen. Eine Art militärischer und politischer Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland in Syrien ist in Vorbereitung. Der Präsident, die lächerlich aufgeblähten Forderungen der Kriegspartei ignorierend, ist sich mit einer unartikulierten amerikanischen Mehrheit einig, keinen Sinn in einer weiteren endlosen und erfolglosen Militäroperation im Nahen Osten zu erkennen. In der Ukraine haben der Präsident und Kerry einen potentiellen Krisenherd in ein anhaltendes Problem verwandelt, nicht zuletzt indem sie der EU und Deutschland im besonderen ermöglicht haben, die Minsker Gespräche in Gang zu halten. Vorwerfen muss man den USA allerdings ihr jämmerlich kleines Angebot betreffend die Flüchtlinge im Nahen Osten. Der Kongress könnte natürlich selbst die bescheidenen Zahlen, die Kerry jetzt vorschlägt, blockieren. Da liegt ein Großteil der Schuld allerdings in der US-Zivilgesellschaft und bei den Kirchen: Wenn diese mehr auf die humanitäre Verantwortung der USA drängen würden, würde sicher mehr getan.

Ich komme auf den Präsidentschaftswahlkampf zurück. Dreiundzwanzig Millionen Zuschauer haben die Debatte der Republikaner am 16. September eingeschaltet. Das ist nicht viel im Vergleich zum jährlichen Meisterschaftsfinale im American Football, wo ein Vielfaches der Zahl erreicht wird. Für die amerikanische Politik ist das eine gute Zahl, einige Monate vor den Parteikongressen und Vorwahlen, die Anfang nächsten Jahres beginnen. In der Zwischenzeit gibt es einen unerwarteten und intensiven Wettstreit bei den Demokraten um die Kandidatur zwischen Hillary Clinton und dem amerikanischen sozialdemokratischen Senator Bernard Sanders, wobei Sanders große Menschenmassen mobilisiert und in New Hampshire, wo die ersten echten Abstimmungen stattfinden werden, Kopf an Kopf mit Clinton liegt. Clintons Wahlkampf ist einfalllos, sie hat aber nach wie vor die Unterstützung einer großen Mehrheit der weiblichen Demokraten-Wählerinnen, Afroamerikaner und Latinos. Sanders spricht Leute aller Alters- und Bildungsstufen an sowie die, die über den anscheinend unumkehrbaren Anstieg wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit verärgert sind. Eine große Ungewissheit ist, ob Vizepräsident Biden mit seinen Wurzeln in der weißen, katholischen Arbeiterklasse in das Rennen einsteigen wird oder nicht. Falls er das tut, hätte er gute Chancen, nominiert zu werden, sich dann eine der vielen kompetenten demokratischen Politikerinnen als Vizepräsidentschaftskandidatin zu wählen - und dann eine gute Chance auf den

Wahlsieg. Trump und die Republikaner sind jedoch überzeugt, die Weißen in Amerika davon überzeugen zu können, dass ihnen ihr Land gestohlen wurde und dass ausreichend viele von ihnen mobilisiert werden können in einer politischen Art von Pöbel-Aktion, um das Präsidentenamt zurückzugewinnen. Eine Vorhersage ist nicht möglich.

Post Scriptum vom 24. September

Der Papst ist in Washington von gewöhnlichen Menschen sehr freundlich empfangen worden, die ihm zugejubelt haben, wo und wann immer er aufgetreten ist. Die Stadt ist mächtige Ausländer gewohnt, und falls Cameron, Merkel, Putin oder Xi sich in einem Café blicken lassen würden, würde man ihnen schnell ziemlich konkrete Fragen stellen. Der Besuch des Papstes hat eine andere Qualität. Irgendwie scheint er Authentizität auszustrahlen. Seine Rede im Kongress mit den Themen Verantwortung für die Umwelt, Gerechtigkeit im alltäglichen Leben und Willkommenheißen der Einwanderer war eine Kampfansage an den selbstgefälligen Egoismus unserer öffentlichen Kultur. Er hat vier Amerikaner erwähnt: die ermordeten Protestanten Lincoln und King, die geistliche Ikone Pater Thomas Merton und eine katholische Kämpferin für Gerechtigkeit, die den meisten Amerikanern unbekannt ist: Dorothy Day. Oft im stillen Widerstreit mit der offiziellen Kirche, hat sie die katholische Arbeiterbewegung gegründet, eine Schule sozialen Handelns, in der viele studiert haben. Es gibt einige wenige Kongressmitglieder (im Congressional Progressive Caucus [einer Vereinigung des linksliberalen Flügels der Demokraten]), die von ihrem Vermächtnis beeinflusst sind. Die Republikaner, die im Kongress gerade die Mehrheit stellen, werden sich kaum gefreut haben über diese Erinnerung an eine radikale amerikanische Vergangenheit, die sie schlummernd wähen.

Trotz seines bewegenden Appells für die Einwanderer hat der Papst den Westen und Südwesten nicht besucht, wo viele der Latino-Neuankömmlinge konzentriert sind. Ihre Bischöfe waren allerdings in Washington, um ihn zu hören. Und der Papst hatte einen Zuhörer, der klar begriffen hat, was er sagte: Als er ihn gestern im Weißen Haus willkommen hieß, dankte Präsident Obama dem Papst für die Erinnerung daran, dass wir dem Leben am meisten Sinn geben, wenn wir leben, um anderen zu dienen. Der Präsident erinnerte sich, in einigen seiner prägenden Jahre mit den Kirchen von Chicago, Katholiken und Protestanten, in den Armenvierteln von Chicago zusammengearbeitet zu haben. Die katholische Kirche in Amerika hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verrannt in die Themen Abtreibung, Homosexualität, mit noch einem gewissen Augenmerk auf die verfassungsmäßige Zulässigkeit von Weihnachtskrippen an öffentlichen Orten. Der Papst hat seine amerikanischen Schäfchen jetzt daran erinnert, dass es andere, schwerwiegendere Themen gibt, um die es sich zu kümmern gilt. Man muss die Flugsicherungsbehörde würdigen, die dem Flugzeug des Papstes das Rufzeichen „Shepard One“ [„Hirte Eins“] zugewiesen hat. Der Fortschritt ist in den USA oft das Ergebnis klassenübergreifender Allianzen, die oft von ökumenischer Religiosität motiviert sind. Die Initiative des Papstes und die Antwort des Präsidenten versetzen uns in die Lage, uns eine andere amerikanische Politik vorzustellen.